



Foto: Archiv

# Zur Urne schreiten

Am 1. Oktober wählt Österreich den nächsten Nationalrat. **Martina Madner** setzte sich mit dem frauenpolitischen Wahlkampf und den Plänen der Parteien auseinander.

Wahlkampf ist. Die Streitereien haben begonnen, kein Thema ist vor müden oder sogar wahnwitzigen „Wahlversprechen“ sicher. Die kleinen Parteien sind in höchster Aufruhr, weil sie noch Unterstützungserklärungen suchen oder sich um Namen streiten. Und das alles, obwohl uns die Meinungsforschung bereits eine SiegerInnenpartei präsentiert: Die ÖVP mit Wolfgang Schüssel soll nach letzten Umfragen von News/market nach wie vor mit 39 Prozent satt vor der SPÖ mit 35 Prozent liegen. Bequemes Zurücklehnen und das Geschehen geschehen lassen, steht wohl dennoch nicht an und das nicht nur, weil die Umfragen in den vergangenen Jahren stark von den tatsächlichen Wahlergebnissen abgewichen sind.

**Gesetzte Themen.** Mit seiner Ankündigung, Frauen einen „Kontrakt für das Le-

ben“, also eine Prämie von 15.000,- Euro zu bieten, falls sich eine Frau für das Gebären und anschließende Freigabe des Kindes zur Adoption anstelle eines Schwangerschaftsabbruchs entscheidet, setzte der Kärntner FPÖ-Landeschef und Generalsekretär Karlheinz Klement Mitte August einen frauenpolitischen Tiefpunkt im diesjährigen Wahlkampf. Johanna Dohnal, selbst eine langjährige Kämpferin für „Abtreibung als Frauenrecht“, bezeichnete diese Forderung schlicht als „Lebensborn“ und nicht diskussionswürdig. SPÖ-Frauensprecherin Gabriele Heinisch-Hosek befand den Vorschlag als „in höchstem Maße frauenfeindlich und völlig am Problem vorbei“. Frauen würden dadurch nur auf ihre Gebärfähigkeit reduziert. Dass Frauen wieder zu „Gebärmaschinen“ gemacht werden sollen, ist für SLP-Spitzenkandidatinnen Sonja Grusch „nichts Neues“. Von ÖVP, FPÖ und Kirche

werde zunehmend ein moralischer Druck erzeugt. Das sei abzulehnen. Detto Brigid Weinzinger, die Frauensprecherin der Grünen: Für sie stellt der Kontrakt eine „unfassbare Geschmacklosigkeit“ dar. Frauen das Gebären von Kindern statt einem Arbeitsplatz als Einkommensquelle anzubieten, sei schlicht Sexismus. „Frauenministerin“ Rauch-Kallat ließ mit einer Stellungnahme auf sich warten. Sie stellte mit „Stark. Schwarz. Weiblich“ klar, dass die ÖVP-Frauen der Frauenpolitik eine „neue Orientierung“ geben wollen, ein „alter Feminismus“ böte keine Antworten mehr. Sie wolle zwar die Leistungen des Feminismus nicht schmälern, er liefere aber keine Antworten, sondern nur neue Feindbilder. Die Frauenpolitik müsse aufhören „Frauen ständig als Sozialfälle zu sehen“, meinte Rauch-Kallat gegenüber dem Standard. Ihr Regierungskollege Martin Bartenstein ließ

sich prompt eine „Maßnahme“ zur Stärkung einer Berufsgruppe, in der hauptsächlich Frauen arbeiten, einfallen. Anstatt den Pflegeberuf finanziell abzusichern und aufzuwerten, oder die dadurch offensichtlichen Probleme bei der gesetzlichen Regelung bei der Beschäftigung von MigrantInnen ernsthaft anzugehen, bliebe nun Schwarzarbeit im Pflege-Bereich straf-frei. Karin Antlanger, Listenzweite der KPÖ sieht darin eine „völlige Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes und eine neue Lohndumpingrunde für die Sozial- und Pflegeberufe“. Kurioses zur Pflege kommt aber nicht nur vom bürgerlichen Lager, denn auch die von Gabi Burgstaller losgetretene Diskussion über ein „freiwilliges“ soziales Jahr von Frauen, das ähnlich dem Zivildienst der Männer bezahlt werden solle, bzw. über einen „verpflichtenden Hilfsdienst“, unterstützt im Pflegebereich Arbeitende nicht dabei, dass ihr Beruf als qualifizierte Tätigkeit, die Ausbildung erfordert, anerkannt wird.

**Fraueneinkommen.** Die Einkommensschere bei den durchschnittlichen Bruttoverdiensten von Angestellten liegt nach wie vor bei vierzig Prozent weniger Verdienst für Frauen. Und obwohl Frauen unter den Studierenden bereits mehr als sechzig Prozent ausmachen, sind nach einer Studie der Wirtschaftskammer Österreich und des Bundesministeriums für Frauen und Gesundheit nur 16 Prozent der Betriebe mit mehr als fünfzig MitarbeiterInnen von einer Geschäftsführerin und nur drei Prozent von einer Frau in Vorstandsposition geleitet. Trotzdem stehen die für viele Frauen wichtigen Themen einer existenzsichernden Arbeit, die auch mit Kinderbetreuungspflichten vereinbar ist, oder fehlende Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen zurzeit im wahlkämpferischen Abseits. Eva Glawischnig-Piesczek, die nach Alexander Van der Bellen auf dem zweiten Listenplatz der Grünen zur Wahl steht, sieht bei den frauenpolitischen Themen in der Frauenbeschäftigung den akutesten Handlungsbedarf. Als konkrete Maßnahmen nennt sie vier Punkte: einen Mindestlohn, die Besserstellung von Teilzeitjobs, Wiedereinstiegsprogramme und die „Aktion 10.000“. Den Vorschlag 10.000 neue

Frauenjobs im Jahr 2006 zu schaffen haben die Grünen bereits Ende 2005 im Parlament als dringliche Anfrage eingebracht. „Wir wollten wirklich mit Bundeskanzler Schüssel darüber reden“, meint Glawischnig heute, das Ergebnis sei allerdings „sehr deprimierend“ gewesen: Staatssekretär Franz Morak habe fünf Minuten lang vom Blatt vorgelesen und „die Frauen verhöhnt“. Das Wahlkampfthema Nummer eins bei den SPÖ-Frauen ist ebenfalls das Einkommen. Zum Schließen der Einkommensschere sei, so Barbara Prammer, gleich ein Bündel an Maßnahmen notwendig: die Bildung und Qualifizierung von Frauen, dazu setze man u.a. auf Ganztagschulen und darauf, dass Frauen auch in Berufen, abseits der Verkäuferin, Friseurin oder Sekretärin, vermehrt Fuß fassen sollen; die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und zwar nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer; sowie konkrete Förderprogramme, damit die Aufstiegschancen von Frauen, die bereits in Betrieben arbeiten, verbessert werden.

Die Sozialistische Linkspartei (SLP) kann zwar nur in Wien antreten, wo sie bei der letzten NR-Wahl 0,46 Prozent erreichte und die für die Wiederkandidatur nötigen Unterstützungserklärungen bereits gesammelt hat, da aber immerhin mit der einzigen weiblichen Spitzenkandidatin in diesem Wahlkampf: Sonja Grusch fragt sich „Gibt's Themen, die nicht frauenpolitisch sind?“, denn die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik betreffe Frauen. Die SLP fordert deshalb einen Mindestlohn von 1.100,- Euro netto für alle, Arbeitszeitverkürzung, einen Ausbau des Sozialsystems, aber auch „ordentlich bezahlte“ und angestellte Beschäftigungsverhältnisse. Finanziert werden soll das durch eine grundlegende Änderung des Steuerrechts. Wie sich für einen gestandene Linke gehört macht Grusch darauf aufmerksam: „Die zwanzig größten börsennotierten Konzerne zusammen kamen 2005 nach Schätzungen auf fast sechs Milliarden Euro Gewinn und rund sechzig Milliarden Euro sind in den steuersparenden Stiftungen geparkt.“ Hier könne also eine Umverteilung stattfinden. Zwar sieht auch KPÖ-Listenzweite Karin Antlanger in allen politischen Bereichen frauenpo-

litischen Handlungsbedarf, aber auch sie meint: „In diesem Wahlkampf müssen wir Frauen mehr denn je die Verteilungsfrage stellen, weil es existenziell gerade für Frauen immer enger wird. Und Verteilungspolitik erfolgt vor allem über Steuerpolitik und Arbeitszeitpolitik.“ Sie beruft sich auf die Losung der Österreichischen Armutskonferenz „Es ist genug für alle da“. Dem oft geschmähten „Gießkannenprinzip“ kann sie zur Umverteilung durchaus einiges abgewinnen. Neben Steuergestaltung und einer radikalen, gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung setzt die KPÖ, die in ganz Österreich antritt, auf ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine Forcierung von Vollzeitarbeitsplätzen: „Und das nicht zuletzt deshalb, weil eine Stunde Teilzeitarbeit im Schnitt um zwanzig Prozent niedriger entlohnt wird, als eine Stunde Vollzeitarbeit.“

**Am Rande.** Frauenhäuser, Interventionsstellen, Gewaltschutzgesetz“, all das sei bei der Grünen Frauenpolitik ebenfalls mit dabei, meint Eva Glawischnig. Eine Ausweitung der Interventionsstellen auf eine pro Bezirk und einen umfassenderen Opferschutz stellen sich auch die SPÖ-Frauen vor. Das Thema „Gewalt“ stand bei der Präsentation des „ABC der Frauenpolitik“, eines Büchleins der SPÖ-Frauen, auf das vermutlich auch das Frauenwahlprogramm maßgeblich aufbaut, im Mittelpunkt der Diskussion.

Frauenbildung, Kritik an einer neoliberalen Regierungspolitik, Selbstermächtigung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen, die Finanzierung des Gesundheitsbereichs, Fairness für PensionistInnen, eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, eine Reform der Aufenthalts- und Beschäftigungsgesetze für MigrantInnen – all das und anderes mehr sind Themenbereiche, die die frauenspezifischen Programme der bisherigen Oppositionsparteien anreißen. Bleibt nur noch abzuwarten, wie sie sich in ihren Parteien durchsetzen und der Wählerin am 1. Oktober eine wirkliche Entscheidungsgrundlage bieten, wenn sie zur Urne schreitet. ■

Mitarbeit: Gabi Horak